

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
26.08.2020	7	0	1083	00.06.04

Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Mitmachen bei einem Pilotversuch mit Mobility Pricing in der Region Bern - auch zur Verkehrsentslastung Zollikofens"; Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 27. Mai 2020 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner/in: Bruno Vanoni (GFL)

Mitunterzeichnende: Andreas Buser (glp), Marceline Stettler (parteilos/GFL), Beat Koch (GFL), Mario Morger (glp)

"Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- 1. die Bemühungen des Kantons und anderer Agglomerationsgemeinden zu unterstützen, damit ein vom Bund angestrebter Pilotversuch mit Mobility Pricing in der Region Bern durchgeführt werden kann,*
- 2. den Einbezug Zollikofens sicherzustellen, falls ein solcher Pilotversuch zustandekommen sollte, und*
- 3. sich für sozial und wirtschaftlich verträgliche Rahmenbedingungen einzusetzen,*

dies alles mit dem Ziel, in Zollikofen die Spitzenbelastungen durch den motorisierten Durchgangsverkehr zu vermindern und eine Verlagerung auf umweltschonendere Verkehrsmittel (Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr) zu fördern.

Begründung:

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) ist kürzlich in einer (vom Bundesrat bestellten) Wirkungsanalyse zum Schluss gekommen, dass «Mobility Pricing einen wesentlichen Beitrag zum Glätten von Verkehrsspitzen in stark belasteten Agglomerationen leisten kann.» Beim Mobility Pricing werden benützungsabhängige Verkehrsabgaben mit dem Ziel erhoben, das Verkehrsaufkommen zeitlich gleichmässiger zu verteilen und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur nach dem Verursacherprinzip anstatt mit Steuergeldern sicherzustellen. Gestützt auf die Wirkungsanalyse des ASTRA hat der Bundesrat am 13. Dezember 2019 das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK beauftragt, Kantone sowie Städte und Gemeinden zu suchen, die Pilotversuche mit Mobility Pricing durchführen möchten.

Die Region Bern bietet sich für einen solchen Pilotversuch geradezu an, weil Mobility Pricing geeignet sein dürfte, die auf regionaler und kommunaler Ebene gesteckten Ziele im Bereich Mobilität erreichen zu helfen. So verlangt die Mobilitätsstrategie der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM), motorisierten Individualverkehr (MIV) zu «vermeiden» und auf nachhaltigere Verkehrsmittel zu «verlagern». Auch der Richtplan Verkehr der Gemeinde Zollikofen will MIV vermeiden, Verkehr auf Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr verlagern sowie umwelt- und menschenverträglich gestalten. Mobility Pricing könnte auch das geplante Verkehrsmanagement Bern-Nord unterstützen, das den Durchgangsverkehr auf der Bernstrasse in Zollikofen verstetigen und Staus innerorts verhindern will.

Im Grossen Rat des Kantons Bern, im Berner Stadtrat und im Gemeindeparlament von Köniz sind bereits überparteiliche Vorstösse eingereicht worden, die die Idee eines Pilotversuchs in der Region Bern unterstützen und die jeweiligen Exekutiven zu entsprechenden Bewerbungen beim Bund auffordern. In weiteren Agglomerationsgemeinden, zum Beispiel in Muri-Gümligen, hat sich die Einreichung

solcher Vorstösse verzögert, weil Parlamentssitzungen wegen der Corona-Pandemie abgesagt worden sind. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Antwort auf einen dringlich erklärten Vorstoss aus vier Parteien im Kantonsparlament festgestellt, Mobility Pricing sei «grundsätzlich ein prüfenswerter Ansatz für eine nachhaltige Verkehrslösung, insbesondere für die Verkehrslenkung und die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen». Er hat seine ablehnende Haltung von früher aufgegeben und ist nun bereit, die Forderung nach einem Mobility-Pricing-Pilotversuch im Kanton Bern als Postulat zur vertieften Prüfung entgegenzunehmen.

Es bestehen somit gute Chancen, dass eine Berner Bewerbung für die geplanten Pilotversuche beim Bund deponiert werden kann und dass ein solcher Pilotversuch dereinst in der Region Bern durchgeführt werden könnte. Für Zollikofen mit seiner überlasteten Bernstrasse könnte es von Vorteil sein, in einen solchen Versuch einbezogen zu werden. Mit einer Unterstützung der Bemühungen des Kantons und anderer Regionsgemeinden könnte sich die Gemeinde Zollikofen ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung des Pilotversuchs sichern.

Aufgrund des ursprünglichen Zeitplans des Bundes, der aber möglicherweise wegen der Corona-Pandemie eine Verzögerung erfährt, sollte der Grosse Gemeinderat (GGR) möglichst rasch über diesen Vorstoss entscheiden können. Weil – nach den abgesagten Sitzungen im März und April – an der GGR-Sitzung vom 27. Mai keine parlamentarischen Vorstösse behandelt werden dürfen, konnte er nicht mit dem Antrag auf Dringlichkeit eingereicht werden. Mit der punktuellen Formulierung der Motion soll eine differenzierte Stellungnahme ermöglicht werden – je nach dem Stand des Entscheidungsprozesses zum Zeitpunkt der Behandlung im Gemeinderat bzw. im GGR."

Antwort

Formelles

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gemäss Art. 49 Absatz 2 der Gemeindeverfassung und Art. 35 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen recht grossen Spielraum in der Umsetzung. Entscheid und Verantwortung bleiben beim Gemeinderat.

Studie Roadpricing 2012

Eine Studie im Auftrag des Kantons Bern, der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und der Stadt Bern hat 2012 die verkehrlichen, finanziellen und rechtlichen Aspekte von Roadpricing in der Region Bern untersucht. Der Gemeinderat hat seine Haltung dazu bei der Beantwortung einer Interpellation¹ dargelegt:

"Der Gemeinderat lehnt Roadpricing grundsätzlich ab. Die Agglomeration Bern ist nicht vergleichbar mit den Stadtkernen von London und Stockholm. In diesen beiden Weltstädten leben im betroffenen Bereich auf einer massiv kleineren Fläche viel mehr Einwohnerinnen und Einwohner. In beiden Städten geht es darum, dass dicht bebaute Zentrum einer Stadt vom Verkehr zu entlasten. Im Raum Bern wären aber mehrere Gemeinden mit kleinräumlichen Strukturen und dezentraler Organisation betroffen. Nebst dem Arbeits- und Berufsverkehr wäre auch der gesamte Privat- und Freizeitverkehr von der Abgabe betroffen. Dies führt nebst einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Bern zu einer Benachteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner des betroffenen Perimeters.

Im Gegensatz zu den Roadpricing-Vorbildern London und Stockholm wären in Bern vor allem Betriebe im KMU-Sektor von der Abgabe betroffen. Dies führt zu einer Benachteiligung gegenüber dem Gewerbe ausserhalb des Perimeters. Der Wirtschafts- und Ausbildungsstandort Bern mit den betroffenen Agglomerationsgemeinden wird geschwächt. Der Gemeinderat befürchtet daher negative Auswirkungen auf den Standort Zollikofen."

¹ Interpellation Marianne Baumann betreffend "Roadpricing ohne Zollikofen?"

Pilotversuche Mobility Pricing

In der Zwischenzeit wurden auf nationaler Ebene Anstrengungen unternommen, dass Pilotversuche für ein Mobility Pricing durchgeführt werden können. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat einen politischen Vorstoss als Postulat überwiesen, welcher den Regierungsrat beauftragt, eine Teilnahme an einem Pilotversuch zu prüfen. Im Vordergrund dürfte dabei die Region Bern stehen.

Der Gemeinderat teilt die grundsätzlichen Bedenken aus dem Jahr 2012 nach wie vor. Ein Mobility Pricing in der Region Bern kann zu einem Nachteil für den Wirtschafts- und Wohnstandort führen.

Ähnliche Ziele wie das Mobility Pricing verfolgt das Projekt Verkehrsmanagement in der Region Bern. Der Betrieb für den Korridor Bern Nord soll im Jahr 2021 starten. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Fokus auf den Start, den Betrieb und die Auswertung dieses Pilotprojektes gelegt werden muss, bevor schon wieder ein neues Projekt gestartet wird.

Auch der Richtplan Verkehr der Gemeinde Zollikofen verfolgt andere Ansätze zur Erreichung der gesteckten Ziele. In erster Linie sollen diese Massnahmen umgesetzt und deren Wirkung gemessen werden.

Antrag Gemeinderat

Die Motion Bruno Vanoni (GFL) betreffend "Mitmachen bei einem Pilotversuch mit Mobility Pricing in der Region Bern - auch zur Verkehrsentslastung Zollikofens" wird nicht erheblich erklärt.

Zollikofen, 3. August 2020

Zuständigkeiten:

Departement: Präsidiales (Planung)

Sachbearbeiter/in: Beat Baumann